



HESSISCHER LANDTAG

08. 07. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend keine Dumpinglöhne bei den Bodenverkehrsdiensten am Frankfurter Flughafen

Im Jahre 2010 wird der Vertrag zwischen der Deutschen Lufthansa AG und der Fraport AG/Bodenverkehrsdienste neu verhandelt. Da die Deutsche Lufthansa AG der größte Kunde von Fraport ist und die Preise für die zu erbringenden Dienstleistungen senken will, haben die Beschäftigten die Sorge, dass Stellenabbau und Dumpinglöhne die Folgen sein werden.

Diese Befürchtungen sind nachvollziehbar, zumal schon einmal den Beschäftigten in der Sicherheitssparte der Fraport AG von der Landesregierung die Gründung einer landeseigenen Betreibergesellschaft zugesagt und diese Zusage nicht eingehalten worden war. Auch bei den Bodenverkehrsdiensten drohen jetzt Ausgliederung und die Einführung von Niedrig- bzw. Dumpinglöhnen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Vorstand der Fraport AG zu unterstützen, die Bodenverkehrsdienste in Frankfurt am Main nicht auszugliedern, und damit auch drohende Einkommensverluste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verhindern.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Airlines, insbesondere den Vorstand der Deutschen Lufthansa AG, einzuwirken, bei den anstehenden Vertragsverhandlungen zu Bodenverkehrsdienstleistungen keine Dumpinglöhne zu forcieren.

Wiesbaden, 8. Juli 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel